

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stefan Henze (AfD)

Zentralbankpolitik (A.), Staatsverschuldung (B.) und Unternehmensanleihen (C.) als Gefahren für niedersächsische Wirtschaft, Altersvorsorge und die Zukunftschancen von Entwicklungs- und Schwellenländern - Wie reagiert die Landesregierung?

Anfrage des Abgeordneten Stefan Henze (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 11.06.2019

A. Zentralbankpolitik

Um die Folgen der letzten internationalen Finanzkrise abzumildern, hat die EZB die Zinsen auf null gesenkt und Staatsanleihen gekauft, um die Wirtschaft der Eurozone zu stützen. Sofern sich die derzeitige Konjunkturdelle zu einem Einbruch ausweitet, fehlt der EZB damit das Mittel der Zinssenkung zu einer erneuten konjunkturellen Starthilfe. Es bliebe als geldpolitische Maßnahme zur Krisenbewältigung die Ausweitung des Anleihekaufprogramms durch die EZB.

Die Nachfolge Mario Draghis als Präsident der EZB ist offen. Klar ist, die Neubesetzung der Bankspitze kommt. Nach aktuellen Mitteilungen der US-Regierung ist außerdem damit zu rechnen, dass die Spitze der Federal Reserve neu und nach Präsident Trumps Äußerungen mit „Gefolgsleuten“ politisch besetzt wird.

1. Wäre es nicht besser, die Wahl des EZB-Präsidenten zukünftig von der Politik zu entkoppeln (derzeit wird der Präsident vom Europäischen Rat gewählt), und wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht?
2. Ist es nach Meinung der Landesregierung gut oder schlecht, dass alle oder zumindest einige der neu zu besetzenden europäischen Spitzenämter (z. B. Kommissionspräsident, EZB-Präsident) aus politischen und Proporzabwägungen heraus im Paket verhandelt werden (Antwort bitte mit Begründung)?
3. Sollte die EZB generell mehr Entkopplung von der Politik erfahren, um Finanzkrisen vorbeugen und begegnen zu können (Antwort bitte mit Begründung)?
4. Teilt die Landesregierung die Meinung, dass durch die im Einführungstext zu C. geschilderte Sachlage (Zinspolitik) der europäischen, deutschen und niedersächsischen Wirtschaft im Fall einer Krise ein wichtiges Instrument zu deren Bewältigung fehlt?
5. Hält die Landesregierung die fortdauernde Niedrigzinspolitik der EZB für richtig (bitte mit Begründung)?
6. Wie beurteilt die Landesregierung im Kontext der Fragen 4 und 5 die Leitzinserhöhungen der Federal Reserve in den USA?
7. Wappnet sich die US-Notenbank mit dem zuletzt kontinuierlichen Zinsanstieg nicht besser für eine erneute Krise als die EZB (Antwort bitte mit Begründung)?
8. Warum will Donald Trump nach Meinung der Landesregierung die Leitzinsen in den USA entgegen derzeitiger Notenbankpolitik der Federal Reserve wieder absenken?
9. Ist Trumps gewünschter Zinskurs (s. Frage 8) nach Meinung der Landesregierung richtig oder falsch (bitte mit Begründung)?
10. Im Falle einer erneuten Finanzkrise kämen nach derzeitiger EZB-Zinspolitik Anleihekäufe und staatliche Konjunkturprogramme zur Stützung der Wirtschaft infrage. Sind Niedersachsen und der Bund dafür programmatisch und finanziell gerüstet?

11. Teilt die Landesregierung die Meinung, dass die nun schon Jahre andauernde Stützung der Eurozonenwirtschaft durch Niedrigzinsen bei den deutschen Sparern einen enteignungsgleichen Effekt hat, und wäre dieser gerechtfertigt?
12. Gefährdet die Zinspolitik der Eurozone den Aufbau von Altersvorsorgevermögen bei den arbeitenden Bürgern des Landes, vor allem in der kapitalgedeckten 2. und 3. Schicht des deutschen Altersvorsorgesystems (bAV und private Vorsorge)?
13. Wenn Frage 12 mit Ja beantwortet wurde, wie ist dies politisch zu rechtfertigen, insbesondere vor dem Hintergrund des Drei-Schichten-Modells der Altersvorsorge?
14. Wäre staatlicherseits nicht ein Ausgleich für den Sparverlust durch die EZB-Zinspolitik zu schaffen, und wie wäre dieser zu organisieren?

B. Staatsverschuldung

Die weltweite Staatsverschuldung wird nach Schätzungen des IWF in Kürze auf 83 % der Wirtschaftsleistung anwachsen. Sie steigt sowohl in Schwellenländern als auch in einigen Industriestaaten. In Deutschland soll die Staatsverschuldung bis 2024 auf 43 % der Wirtschaftsleistung sinken, der dann niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. Niedersachsen ist im Moment mit ca. 60 Milliarden Euro verschuldet.

1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Schulden des Landes Niedersachsen eine Gefahr für die Konjunktur unseres Bundeslandes bedeuten (bitte mit Begründung)?
2. Wie steht die Landesregierung zu der These, dass das im internationalen Vergleich günstige Refinanzierungsumfeld Deutschlands für andere Staaten der Welt einen Wettbewerbsnachteil bedeutet?
3. Wäre dieser Wettbewerbsnachteil (s. Frage 2) über Entwicklungsprogramme nicht stärker auszugleichen?
4. Müsste es nicht ein Staateninsolvenzrecht geben, um effektive und nachhaltige Entwicklungsprozesse in anderen Ländern der Welt anzustoßen?
5. Wie steht die Landesregierung zu der Frage eines Schuldenverzichts oder Teilverzichts für hoch verschuldete Staaten der Eurozone, Schwellenländer, Entwicklungsländer?
6. Wäre eine Entwicklungspolitik der Bundesregierung im Sinne von Fragen 3, 4 und 5 nicht ein richtiger Schritt zur Entfesselung der Schuldnerländer, und könnten diese Maßnahmen nicht auch künftige Migrationsbewegungen nach Europa und Deutschland effektiv eindämmen und einen Wachstumsschub in den Schuldnerländern zum Wohle der Welt auslösen?
7. Wie und mit welchen Maßnahmen bringt sich die Landesregierung konkret in die Entwicklungs- und Verschuldenspolitik der Welt zum Wohle Deutschlands und Niedersachsens ein?

C. Unternehmensanleihen

Seit der Weltfinanzkrise 2008 hat sich die Summe der zur Zahlung ausstehenden Unternehmensanleihen auf ca. 13 Billionen US-Dollar verdoppelt. Der IWF sieht den weltweiten Verschuldungsgrad der Unternehmen als möglichen Auslöser einer kommenden Finanzkrise. Grund für diese Kreditblase sei die Zinspolitik der die Weltwirtschaft tragenden Notenbanken (u. a. Federal Reserve, EZB). Die so entstandene Kreditblase könne jederzeit platzen. Investoren kaufen in diesem Umfeld vermehrt Produkte von Banken, die aus Kreditportfolios gemischt sind. Hedgefonds erwerben Anleihen von hoch verschuldeten Unternehmen als Wette auf deren Insolvenz. Steigen die Zinsen langfristig wieder, können viele Kreditnehmer ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen.

1. Wie beurteilt die Landesregierung dieses vom IWF auf der Frühjahrstagung 2019 aufgemachte Szenario, ist es realistisch oder unrealistisch (mit Begründung bitte)?
2. Hätte die Bundesregierung nicht nach der Krise 2008, auch im internationalen Kontext, den Finanzmarkt besser stabilisieren müssen, um die vorhandenen Risiken zu vermeiden oder gar zu verhindern?

3. Was hat die damalige Landesregierung Niedersachsens nach 2008 konkret getan, um eine erneute Finanzkrise zu verhindern, und was tut die derzeitige Landesregierung?
4. Sieht sich die Landesregierung im Gefüge der globalisierten Finanzwirtschaft machtlos, wenn ja, warum, und wenn nein, warum nicht?